

Wahlprogramm Juso-HSG Kiel 2022

Wir begreifen uns als sozialistische, feministische und internationalistische Hochschulgruppe an der CAU. Wir kämpfen für **Freiheit**, **Gerechtigkeit** und **Solidarität** an der Universität und in der Gesellschaft.

Als Hochschulgruppe setzen wir uns für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff ein. In unserer Gremienarbeit lassen wir uns von unseren Grundsätzen leiten. Gegen menschenverachtende Ideologien kämpfen wir auf allen Ebenen und achten darauf, dass für Nazis und Rechtspopulismus kein Platz an der Uni geschaffen wird.

Vor, während und nach dem Studium sind wir Teil dieser Gesellschaft. Wenn es die Verhältnisse verlangen, bringen wir daher auch Themen an die Universität, die nicht direkt mit Bildungspolitik in Verbindung stehen.

Campus-Leben

Parität und geschlechtergerechte Sprache an allen Stellen der Uni!

Wir fordern die stringente paritätische Besetzung aller Gremien und Nutzung von gendergerechter Sprache an allen Stellen der Hochschule.

Wir sehen Wissenschaft als Spiegel der Gesellschaft. Für gendergerechte wissenschaftliche Ergebnisse ist es wichtig, dass die Vielfalt der Geschlechter in Forschung und Lehre mit abgebildet wird. Leider müssen wir feststellen, dass zu wenige Finta*-Personen Schlüsselstellen der Wissenschaft an unserer Universität besetzen. Deshalb fordern wir, dass Finta*-Personen bei Stellenausschreibungen mehr berücksichtigt werden und bei gleichen Qualifikationen bevorzugt eingestellt werden.

Ohne gendergerechte Sprache wird ein Großteil der Studierenden und Mitarbeitenden der Uni ausgegrenzt und diskriminiert. Das generische Maskulinum ist sexistisch, exklusiv und reproduziert patriarchale Strukturen. Nur wenn wir uns dafür einsetzen, inklusiv miteinander zu reden und alle Geschlechter mitzuschreiben und damit auch mitzudenken, können wir das Ziel einer diversen Universität erreichen.

Ausdehnung der psycho-sozialen Beratungsangebote!

Immer mehr Studierende müssen die psycho-sozialen Beratungsstellen an der Uni in Anspruch nehmen, um die Belastung der Pandemie verarbeiten zu können. Diese

Stellen sind nicht erst seit Beginn der Pandemie hoffnungslos überlastet und haben monatelange Wartezeiten. Es müssen endlich mehr Stellen geschaffen werden, um den hohen Bedarf, der sich durch die Pandemie noch erhöht hat, abzufedern und den Studierenden schnell und unkompliziert eine Anlaufstelle bieten zu können. Insbesondere für Studierende und Beschäftigte mit Rassismuserfahrungen muss ein explizites Beratungsangebot geschaffen werden. Die bestehenden Angebote des AStAs müssen breitere Bekanntheit erhalten. Mentale Gesundheit muss eine Priorität der Universität sein!

Barrierefreie Infrastruktur!

Neue Infrastruktur an der Uni, egal ob Gebäude oder Website, soll verpflichtend barrierefrei geschaffen werden. Eine inklusive Universität muss Möglichkeiten für alle ihre Mitglieder schaffen, am Leben, Studieren und Arbeiten auf dem Campus teilzuhaben. Barrierefreiheit muss sowohl beim Neu- und Umbau von Gebäuden mitgedacht werden als auch im Bereich der digitalen Infrastruktur in Form barrierefreier Websites und im Bereich der digitalen Lehre. Lehrende müssen geschult werden, um barrierefreie Anwendungen und Funktionen bieten und nutzen zu können.

Grünflächen statt Parkplätze!

Die Anzahl der Parkplätze am Campus passt nicht zu einer nachhaltigen Ausrichtung der Universität. Die Olshausenstraße ist ein riesiger Parkplatz, der durch viel Lärm- und Abgasbelastung das Campusleben stört. Auch bildet die Olshausenstraße die zentrale Verbindung zwischen unterem und oberem Campus und liegt in direkter Nähe mehrerer Wohnheime. Daher fordern wir, dass keine neuen Parkplätze gebaut werden und einige bestehende Parkplätze in Grünflächen und/oder Aufenthaltsorte umgewandelt werden. Davon ausgenommen sollen Parkplätze für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen und Beschäftigte der Universität in unmittelbarer Nähe der Gebäude sein. Der Anteil des Campus, der für Parkplätze zubetoniert ist, passt nicht zu der kleinen Zahl an Studierenden und Beschäftigten, für die eine andere Anreise eine Zumutung wäre. Professor*innen können auch Bus fahren! Wir fordern zusätzlich den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur auf dem Campus. Studierende sollen an den baulichen Plänen der Universitätsentwicklung mehr teilhaben.

Förderung des sozialen und kulturellen Campus-Lebens!

Die Rückkehr zur Normalität nach mehreren rein digitalen Semestern dauert weiter an, ob im Lehr-, Sozial- oder Kulturbereich. Daher ist es wichtig, dass die

organisierte Studierendenschaft, also allen voran StuPa und AStA, ihren Teil dazu beiträgt, dass das soziale und kulturelle Leben auf dem Campus schnellstmöglich zurückkommt bzw. in den kommenden Monaten besonders im Vordergrund steht. Dabei müssen wir auch darauf achten, dabei die Gruppen mit einzubeziehen, deren Rückweg ins normale Unileben länger ist. Also Studierende, die bisher primär digital belehrt wurden, Menschen mit Kindern, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen oder auch die, die weit von den Eltern weggezogen sind und noch kaum Chancen hatten, soziale Kontakte zu knüpfen.

Studierbarkeit

**BAföG reformieren! Elternunabhängig, bedarfsgerecht und unkompliziert!-
Schuldenfreie Studienfinanzierung nur mit Juso-HSG und SPD!**

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG war einmal ein zukunftsweisendes Projekt zur Förderung der Chancengleichheit in der tertiären Bildung. Diese Zeiten sind längst vorbei. Nur noch 11% der Studierenden in Deutschland beziehen BAföG. Um das BAföG gegenwarts- und zukunftsfähig zu machen, fordern wir die Rückkehr zum Vollzuschuss, eine unkomplizierte Beantragung durch weniger Einschränkungen und Anforderungen, höhere Sätze und vor allem eine elternunabhängige, schuldenfreie Finanzierung: Nur der eigene Bedarf, nicht das Einkommen der Eltern sollte entscheiden, und im Deutschland des 21. Jahrhunderts sollte niemand sich für ein Studium verschulden müssen. Ebenso muss das BAföG seine Altersgrenzen verlieren und unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Studierenden vergeben werden können.

Auch müssen im BAföG-Amt mehr Stellen besetzt werden, um endlich eine fristgemäße Bearbeitung und Auszahlung des Geldes gewährleisten zu können. Monatelange Wartezeiten für das dringend benötigte Geld sind für Studierende nicht zumutbar! Dafür setzen wir uns in Kooperation mit der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein ein!

**Hybride Lehre durch flächendeckende digitale Infrastruktur in allen Räumen
der Universität ermöglichen**

Die Pandemie hat gezeigt, dass eine gute digitale Infrastruktur essentiell ist, um auf kurzfristige Änderungen im Lehrbetrieb reagieren zu können. Dabei ist in Zeiten von Quarantäne auch eine hybride Lehrform hilfreich, um Studierende im Laufe eines Semesters nicht mehrfach zurückfallen zu lassen. Auch und insbesondere für

Familien mit Kindern und Studierende, die kranke Verwandte pflegen, ist eine hybride Lehre hilfreich und schafft eine stärkere Vereinbarkeit von Studium und familiären Begebenheiten. Deshalb möchten wir uns für die flächendeckende Einrichtung einer digitalen Infrastruktur einsetzen, welche mindestens die hybride Lehre durchgängig ermöglichen kann. Es darf nicht allein von den technischen Fertigkeiten der Dozierenden abhängen, ob und wie erfolgreich digitale Lehre durchgeführt wird. Deshalb ist es zudem wichtig, die Dozierenden an die neu zu schaffende digitale Infrastruktur heranzuführen und somit die Hemmungen gegen digitale Medien abzubauen.

Im Rahmen einer Offensive der digitalen Infrastruktur muss auch endlich in allen Ecken des Campus Internet verfügbar sein. Auch im Lehrbetrieb arbeiten Studierende vermehrt mit Laptops und sind auf WLAN angewiesen, um in Seminaren mitzuarbeiten. Es ist für uns unverständlich, warum beispielsweise in Teilen der neugebauten Verbundfachbibliothek der Rechtswissenschaften und der Philosophie im Juridicum keine Verbindung mit dem eduroam-Netzwerk aufgebaut werden kann. WLAN muss überall verfügbar sein.

Unterstützung und Kooperation im Tarifkampf!

Wir stehen weiterhin hinter der Forderung nach einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, für den wir uns seit Jahren einsetzen! Dass das Studierendenparlament nach unserem Antrag zur Unterstützung der Organisation TVStud endlich hinter dieser Forderung steht, ist ein erster großer Erfolg. Jetzt heißt es die Forderung an höheren Stellen einzubringen, im dichten Schulterschluss mit der Organisation TVStud SH, die sich ebenfalls dafür einsetzt. Wenn es wie in Berlin 2018 zum Tarifkampf kommt, ist für uns klar: Das Interesse der studentischen Beschäftigten ist das Interesse der gesamten Studierendenschaft!

Konkret bedeutet das für uns, sich gemeinsam bei der Uni für die Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards einzusetzen. Was bei den Fachkräften geht, muss auch bei den studentischen Beschäftigten gelten, da sie oft die gleichen Tätigkeiten ausüben. Daher sind wir für eine Lohnerhöhung, die nicht durch Stundenkürzungen umgangen wird, gegen Mehrarbeit und Minusstunden, gegen das "Nacharbeiten" von Krankheitstagen (also eine Umgehung des Arbeitsschutzes) und für eine transparente und selbstbestimmte Urlaubsregelung (die nicht verschwiegen oder unterdrückt wird!). Dazu braucht es eine Entbürokratisierung der Verträge von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften. Der Aufwand, der mit dem Vertragsabschluss verbunden ist, steht in keinem Verhältnis zur begrenzten Dauer der gegenwärtigen Verträge.

Damit Studierende, die als studentische oder wissenschaftliche Hilfskraft arbeiten möchten, auch über offene Stellen informiert sind, fordern wir die Einrichtung eines Online-Portales, in dem alle freien Hilfskraft-Stellen der Universität (und andere freie Stellen der Universität) zentral, studienfachübergreifend abrufbar sind. Dadurch entsteht eine bessere und Nutzer*innenfreundlichere Übersichtlichkeit, welche die Arbeitssuche erleichtert.

Anwesenheitspflicht muss abgeschafft werden!

Das Studium soll Studierenden den Raum zum Erlernen von Selbstorganisation, Selbstständigkeit und Zeitmanagement bieten. Durch eine Anwesenheitspflicht wird dem Studium ein hohes Maß an Freiheit und Flexibilität genommen. Studierenden sollte zugetraut werden, selbst entscheiden und einschätzen zu können, wie sie Lehrveranstaltungen besuchen können. Ein Nichtbestehen eines Moduls oder eine Nichtzulassung durch Nichterscheinen in der Lehrveranstaltung können das Studium unnötig verlängern oder blockieren, was etwa für Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, zu erheblichen Schwierigkeiten führen kann. Wir fordern, dass die Anwesenheitspflicht abgeschafft bleibt!

Nichterscheinen folgenlos!

Wir fordern: Nichterscheinen folgenlos! Wer nicht zu den Prüfungen erscheint, zu denen sie*er sich angemeldet hat, wird gute Gründe haben, die manchmal nicht planbar sind und nicht durch ein ärztliches Attest aufgefangen werden können. Manchmal gibt es eben persönliche Gründe, die eine vernünftige Teilnahme an der Prüfung unmöglich machen. Es darf in solchen Situationen keine Bestrafung in Form eines verlorenen Prüfungsversuchs durch die Universität erfolgen. Ohne Teilnahme ist immerhin keine ungenügende Leistung erbracht worden, sondern keine. Deswegen darf die Prüfung auch nicht als ungenügend bewertet werden. Wir sehen dabei insbesondere keine Probleme, da ein ähnliches Verfahren bereits im Rahmen der Corona-Freiversuchsregelungen genutzt wurde.

Mobilität

Entlastungen des 9 Euro-Tickets auch für Studierende - Landesweites Semesterticket anteilig rückerstatten

Wir setzen uns dafür ein, dass auch Studierende von den sozialgerechten, finanziellen Entlastungen der Bundesregierung im Energiesektor profitieren. Die 9 Euro-Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr, die in den Sommermonaten angeboten werden, müssen auch zu einer Rückerstattung für die Studierenden am

Kieler Campus führen, die monatlich momentan mehr als 9 Euro für Mobilität zahlen. Eine Rückerstattung darf nicht unter den Tisch fallen, auch Studierende müssen profitieren können.

Überdachtes Fahrradparkhaus!

Fahrräder sind integraler Bestandteil der Kieler Unikultur. Gerade am Campus finden sich viele Fahrradenthusiast*innen. Um deren Fahr- und Lastenräder auch abends und nachts besser vor Wind, Wetter und Diebstahl zu schützen, fordern wir ein überdachtes Fahrradparkhaus, zu dem der Zugang zum Beispiel über die CAU Card freigeschaltet wird. Eine sichere Möglichkeit, Fahrräder abzustellen, erhöht die Bereitschaft, Fahrräder statt Autos zu nutzen und trägt so zu einer nachhaltigeren Universität bei. Ein erster Antrag von uns im Studierendenparlament wurde angenommen. Damit können wir uns in den kommenden Monaten bei verschiedenen Stellen der Uni einsetzen.

Studentisches Wohnen

Bezahlbare Studiwohnungen – keine kommerziellen Wohnheime!

Schon vor Jahren wurden der Studierendenschaft neue Wohnheimplätze versprochen. Mittlerweile wissen wir, was gemeint war: Kommerzielle Apartments mit Meerblick, die für die meisten Studis nicht finanzierbar sind. Das ist für die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum in Kiel keine angemessene Lösung. Stattdessen muss es mehr Wohnheime in öffentlicher Hand geben, die ihre Zimmer zwischen 200 und 300 Euro monatlich anbieten. Dabei stellt das frisch gestartete Bauprojekt am Bremerskamp eine Chance dar, viele Studierende am Campus, in der Nähe der Universitätsbibliothek und dem Juridicum, unterzubringen. Dabei ist auch unsere Forderung eines Fahrradparkhauses gut in die bestehenden Pläne einbaubar. Momentan droht dieses Bauvorhaben allerdings die Studierenden und Lehre außer Acht zu lassen und nur noch auf Forschung ausgerichtet zu sein. Flächen in Campusnähe sind so selten, dass das keine Option sein kann. Wir brauchen Wohnraum in Campusnähe, wir brauchen einen studentisch-geprägten Bremerskamp und eine damit einhergehende Belegung des unteren Campus nach Vorlesungsende. Die Änderungen im geplanten Flächennutzungsplan hinterfragen wir kritisch. Wir setzen uns in StuPa und Verwaltungsrat ein für die Forderung: Bezahlbarer Studiwohnraum - keine kommerziellen Wohnheime!